

# Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung Niederaußem e.V. - Bi-BEN

## Offener Brief

Herrn Werner Stump  
Landrat des Rhein-Erft-Kreises

Willy-Brandt-Platz 1  
50126 Bergheim

Absender:

Heinz Peter Wolff  
Düsseldorfer-Strasse 40a  
50129 Bergheim / Rheidt  
Tel.: 02183-5378  
Email: [h.p.wolff.rheidt@t-online.de](mailto:h.p.wolff.rheidt@t-online.de)

Hans-Joachim Gille  
An den Wiesen 21  
50129 Bergheim / Rheidt  
Tel./Fax: 02183-7231  
Email: [h.gille@t-online.de](mailto:h.gille@t-online.de)

Infos im Internet unter: [www.bi-bigben.de](http://www.bi-bigben.de)

Bergheim / Rheidt den 12.Dez.2009

*Betr.: Artikel in der Kölner Rundschau vom 11.12.2009*

*Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr  
"Geistige Stadtmauern müssen fallen"*

*....Zur Energiepolitik im Kreis gab Stump ein wichtiges Signal: Logische Konsequenz aus dem am Kraftwerk Niederaußem entstandenen Innovationszentrum von RWE Power sei, „die Erweiterung des Standortes in Niederaußem durchzusetzen“. Auch für das geplante CO-arme Kraftwerk in Hürth und die rechtlichen Voraussetzung für Transport und Lagerung des Kohlendioxids müsse man gemeinsam eintreten.*

Sehr geehrter Herr Landrat Werner Stump,

viele Bürger, die im Schatten der RWE-Braunkohlekraftwerke leben müssen, sind empört über Ihr Ansinnen, eine nochmalige Erweiterung des Kraftwerksstandortes Niederaußem durchsetzen zu wollen. Ungeachtet der Tatsache, dass RWE seine Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm nicht einhält, sie sogar einseitig zu seinem Nutzen auslegt, machen Sie sich nun zum Fürsprecher dieses Unternehmens.

Das wirkt wie ein Schlag ins Gesicht all derer, die in Ihnen einen "Politiker für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis" sehen durften. Damit gehen Sie über die sonst übliche Lobbyarbeit hinaus. Sie ergreifen Partei für einen Energiemulti, der mit allen Mitteln seine Kohlekraftwerksparks erweitern und saubere Stromerzeuger vom Markt verdrängen will. Ihr Verhalten, Herr Stump, weist starke Parallelen auf zu dem der politisch Verantwortlichen für die Debatten um das Kohlekraftwerk in Datteln.

Die Schadstoffemissionsdaten des PRTR-Register des Bundesumweltamtes machen deutlich klar, was die hiesige Region zu ertragen hat: Feinstaub, hochgiftige Verbindungen und Bestandteile, Quecksilber und Arsen, etc. in großen Mengen. Dabei sind längst nicht alle Schadstoffe angegeben. Im Register sind nur diejenigen Schadstoffmengen enthalten, die über einem festgelegten Emissionsschwellenwert liegen.

RWE stellt sich in den Medien als der "Gute Nachbar" dar. Wir wollen keinen Nachbarn, der unseren Dörfern aus Profitgier die Wohn- und Lebensqualität nimmt, der seinen Dreck über uns auskübelt. Im Sinne der Bevölkerung sollten Sie, Herr Stump, zu den Ratgebern gehören, die dies der Konzernspitze kommunizieren.

Statt dessen setzen Sie auf den Ausbau und damit auf die Manifestierung der Kohletechnologie - und auf einen immer weiter steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Das vor dem Hintergrund des bereits heute stattfindenden Klimawandels. Dabei ist das Rheinische Braunkohlerevier schon jetzt die größte CO<sub>2</sub>-Quelle Europas, eine unrühmliche Spitzenstellung.

## **Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung Niederaußem e.V. - Big BEN**

Aufgabe der Politik - und somit auch Ihre Aufgabe ist: "Vom RWE-Konzern zumindest die Einhaltung der im Kraftwerkserneuerungsprogramm beschlossenen Verpflichtungen einzufordern". Und sollten Sie es vergessen haben: "An eben dieses Kraftwerkserneuerungsprogramm und dessen Einhaltung war die Abbaugenehmigung für den Tagebau Garzweiler II geknüpft".

Zum Verständnis:

Die Kernaussage des 1994 zwischen RWE und NRW-Landesregierung geschlossenen Kraftwerkserneuerungsprogramm:

**"RWE Energie verpflichtet sich, Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlekraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen."**

Das sollte bei gleichbleibender Strommenge bei ab 1997 konstanter Stromerzeugung und aufgrund besserer Wirkungsgrade mit vermindertem Kohleeinsatz geschehen. Zielsetzung ist / war es, die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit einhergehende Verbesserung des Klimaschutzes, der rationellere und sparsamere Umgang mit Energie, sowie die Schonung der Ressource heimischer Braunkohle.

**Davon ist RWE heute weit weg!**

Verträge zwischen Wirtschaftsunternehmen und Politik dürfen von diesen Unternehmen nicht in unverbindlichen Absichtserklärungen gewandelt werden – dann werden sie zur Farce (und Politiker zu Erfüllungsgehilfen).

Unterzeichnet:

*Hans Joachim Gille*  
stellvertr. Vorsitzender

*Heinz Peter Wolff*  
Schriftführer

Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung  
Niederaußem e.V.  
Herrn Heinz Peter Wolff  
Düsseldorfer Str. 40 a  
50129 Bergheim

**Datum**

21.12.2009

**Telefon**

02271 83- 1001

**Fax**

02271 83-2301

**E-Mail**

landrat@rhein-erft-kreis.de

Sehr geehrter Herr Wolff,  
sehr geehrter Herr Gille,

vielen Dank für Ihre Zuschrift, die mich nach der von Ihnen demonstrierten Art und Weise wenig begeistert.

Ich bin dafür bekannt, dass ich auch bei schwierigen Sachverhalten den sachlichen Dialog bevorzuge. Sie sind „empört“ über meine persönliche Haltung, werfen mir vor, dass ich mich zum „Fürsprecher“ der RWE mache und dass ich damit Partei für einen „Energimulti“ ergreife, der „seinen Dreck über uns auskübelt“.

Bekannt ist auch, dass ich mit dem von mir entwickelten und seit Jahren in der Fortschreibung befindlichen Energiekonzept des Rhein-Erft-Kreises kontinuierlich den Weg für alternative Energien bereite. Mit dem Projekt „terra nova“ werden wir diese Zielrichtung manifestieren und binden dabei die RWE mit ein.

Trotz dieser klaren Ausrichtung weiß ich aber auch, dass wir auf absehbare Zeit ohne die fossilen Energieträger nicht auskommen. Wer das anders sieht, verkennt die Lage. Als Volksvertreter aber darf ich das nicht. Einseitige Betrachtungen in dem Erfordernis der Energiesicherheit helfen mir daher nicht weiter.

Klar und unverrückbar ist die Tatsache, dass die rheinische Braunkohle bis zum Jahr 2045/50 noch zur Auskohlung ansteht. Folglich bleibt mein Bemühen, die RWE bei jeder Gelegenheit zu drängen, saubere Kohlekraftwerke zu entwickeln. Das geschieht im Innovationszentrum in Niederaußem. Hier werden Techniken entwickelt, die die Grundlage für neue Kraftwerkstechnologien weltweit sind. Weitere Forschungs- und Entwicklungsergebnisse dürfen wir erwarten.

Ihr Vorwurf geht ins Leere, wenn Sie mir vorwerfen, dass ich die Kohletechnologie auf einem weiter steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß manifestiere.

**Hausadresse**

Willy-Brandt-Platz 1

50126 Bergheim

Telefon 02271 83-0

Fax 02271 83-2300

**Internet**

[www.rhein-erft-kreis.de](http://www.rhein-erft-kreis.de)

[info@rhein-erft-kreis.de](mailto:info@rhein-erft-kreis.de)

Sie sollten auch wissen, dass ich Vorsitzender des Arbeitskreises Garzweiler II im Braunkohlenausschuss beim Regierungspräsidenten Köln war. In diesem Gremium wurde das Planverfahren zum Anschlussstgebau für die Genehmigung vorbereitet. Im Landtag war ich zeitgleich Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Raumordnung. Dieses Gremium hatte schließlich dem Tagebau Garzweiler II die endgültige politische Zustimmung gegeben.

In diesem Zusammenhang sollten Sie auch wissen, dass ich das Kraftwerks-erneuerungsprogramm im engsten Kreis im Landtag NRW mit entwickelt und politisch durchgesetzt habe. In der entscheidenden Gesprächsrunde mit dem RWE waren vier politische Vertreter anwesend. Einer davon war ich. Ich weiß also genau, worüber ich rede.

Ich habe aber auch im Leben gelernt, dass es Entwicklungen gibt, gerade auch im technologischen Bereich, die Anpassungen erforderlich machen. So war die seinerzeit gewollte Fortentwicklung zur „Cobra-Technik“ nicht umsetzbar. An die Stelle trat BoA plus und damit eng verbunden Technikverbesserungen, die jetzt den Innovationsstandort Niederaußem ausmachen.

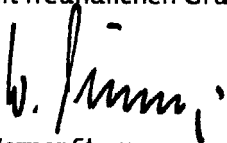
Natürlich sind die kleinen Altanlagen abzuschalten, insbesondere die 150-Megawatt-Blöcke in Neurath. Dies geschieht, wenn auch zeitlich versetzt und nicht in dem Tempo, wie ich mir das wünsche. Daher bleiben wir wach und drängen das RWE auf die Einhaltung der Verpflichtungen.

In diesem Zusammenhang steht auch der weitere Kraftwerksneubau in Niederaußem, den Sie ablehnen. Ich gehöre zu den Vertretern, die das Aussetzen des Änderungsverfahrens zum Gebietsentwicklungsplan beim Regierungspräsidenten ausdrücklich gewollt haben. Andere politische Kräfte werfen mir darauf hin vor, ich wolle den Kraftwerksneubau verhindern. Folglich müsste ich zwischenzeitlich Stühlen sitzen. Eine Genehmigung wird aus meiner Sicht nur erlaubt sein, wenn weitere Altanlagen abgeschaltet werden. Daher steht der weitere Neubau in einem engen Zusammenhang mit dem Abschalten alter Anlagen.

Um mir für das Planverfahren den Rücken freizuhalten, verzichte ich bereits seit 10 Jahren ausdrücklich auf einen Sitz im Aufsichtsrat der RWE-Power. Dieses Mandat wird daher über den Landkreistag anders besetzt.

Das Verfahren, das fortgesetzt werden wird, sollte in einem offenen Dialog mit den Menschen gestaltet werden. Ich werde meinen sachlich Beitrag dazu leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Werner Stump  
Landrat